bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 18 | 01. September 2006

Rechte Szene 2

Kurs nach rechts
Die Berliner Republikaner gehen mit ihrer „De facto-Absprache“ mit der NPD auf Konfrontation zur Parteispitze.

Wackelige „Volksfront“
Unter den Wahlbewerbern der NPD in Mecklenburg-Vorpommern tummeln sich zahlreiche Neonazis und Kameradschaftsaktivisten – in der Parteiführung gelten sie als unzuverlässige Verbündete.

Verzögerter Start
Die NPD hat mit Plakatieraktionen und Infoständen den aktiven Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern eingeläutet – Neonazis sind landesweit auch auf Diskussionsveranstaltungen und Volksfesten präsent.

„Öffentlichkeitsoffensive“
Ex-Musiker und Verschwörungstheoretiker aus der Gothic-Szene ist Pressesprecher und Webmaster des NPD-Kreisverbands Spreewald.

Faule Neonazis
Christian Worch liest der Szene die Leviten.

Schlechtes Vorbild
NPD-Ratsherr legt sich mit Kindern an.

Ideologie der Ungleichheit
Die Übersetzung eines Buches von Guillaume Faye soll deutschen Rechtsextremisten ein politisches Manifest liefern.

Geschichtsumdeuter
Publizisten und andere Vertreter der extremen Rechten treffen sich zu einem „Erlebnis–Wochenende“ – gezeigt werden auch Werke von NS-Künstlern.

Ausland 9

„Rassenpuristen“
US-Neonazis unterstützen den „Jihad“.

Tödlicher Hass
Russische Rechtsextremisten zünden Bombe.

Demokratische Initiativen 10

Aufgabe der Nachwachsenden
„Nirgendwo und überall zu Haus“ – eine Ausstellung im Willy-Brandt-Haus porträtiert 25 Überlebende des Holocaust.

Meldungen 11

Rechte Szene

Kurs nach rechts

Die Berliner Republikaner gehen mit ihrer „De facto-Absprache" mit der NPD auf Konfrontation zur Parteispitze.

Björn Clemens, stellvertretender Bundesvorsitzender der Republikaner, hält mit seiner Meinung nicht hinter dem Berg. Beim Parteitag vor zwei Jahren attestierte er seiner Partei Stillstand, Langeweile und Mutlosigkeit. Klar war, wen der Düsseldorfer Rechtsanwalt für den Niedergang verantwortlich machte: Parteichef Rolf Schlierer, dem er freilich 2004 bei der Kampfabstimmung um den Bundesvorsitz mit 99 zu 145 Stimmen unterlag. Jetzt scheint Clemens beweisen zu wollen, dass er es besser kann als Schlierer: als Spitzenkandidat bei den Wahlen am 17. September in Berlin.

Zwar konkurrieren REP und NPD bei der Wahl für das Abgeordnetenhaus. Doch kein böses Wort ist übereinander zu hören. In realistischer Einschätzung ihrer Chancen ist beiden Parteien klar, dass sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht überspringen werden. Wichtiger dürfte ihnen das Abschneiden bei den parallel stattfindenden Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen sein. Dort gilt nur eine Drei-Prozent-Hürde. Und Republikaner und NPD gehen einander – anders als bei den letzten Wahlen 2001 – aus dem Weg: Die REP treten in sechs Bezirken an, die NPD in fünf anderen. Berlins Verfassungsschutzchefin Claudia Schmid vermutet, dass beide Parteien „De-facto-Absprachen" getroffen haben, mit denen die Bezirke untereinander aufgeteilt wurden.

Eine förmliche Absprache mochte Jörg Hähnel, Landesvize der NPD, zwar nicht bestätigen, wie die „Berliner Zeitung" berichtete. Es gebe aber persönliche Kontakte zwischen den Parteien. REP-Landeschef Peter Warnst ließ verlauten, Schmids Äußerung entbehre „jeglicher Grundlage". Und weiter: „Im Gegensatz zur kolportierten Vermutung, dass es eine Zusammenarbeit mit der NPD geben würde, ist hier klar zu sagen, dass – ganz im Gegenteil – beide Parteien sich aus dem Weg gehen!" Mit diesem Satz war allerdings sein Dementi im Grunde schon wieder dementiert. Denn solange die Unvereinbarkeitsbeschlüsse seiner Partei gegen „gemeinsame Aktivitäten und Kandidaturen mit der NPD" gelten, muss es das Ziel des rechten Parteiflügels sein, zumindest Konkurrenzkandidaturen zu vermeiden. Egal ob durch offizielle Absprachen oder durch augenzwinkerndes Einvernehmen.

Adressat des Warnst-„Dementis" dürften nicht nur „bürgerliche" Wähler sein, die nicht für eine Partei stimmen mögen, die mit den „Schmuddelkindern" der NPD gemeinsame Sache macht. Gelesen werden sollte es wohl von Schlierer & Co. Dort dürfte die Irritation über die Berliner Parteifreunde ohnehin groß genug sein. Schlierer, für den NPDler „Lumpen" sind, mit denen man nicht zusammenarbeiten könne, muss nun aus der Feder der Berliner Sätze lesen, als deren Urheber man eher NPD-Chef Udo Voigt vermutet hätte. Zum Beispiel: „Die Gefahr eines blockierenden Stimmensplittings, das nur den Feinden Deutschlands nützt, ist gebannt." Oder die Formulierung von den „nationalen Parteien" oder den „Parteien des nationalen Spektrums", womit undistanziert Republikaner und NPD gemeint sind. Schlierer muss auch Äußerungen „seines" Berliner Spitzenkandidaten zur Kenntnis nehmen, die sich dem Jargon der NPD immer mehr annähern: „Für uns hat Friedrichhain-Kreuzberg einen hohen Symbolwert. Kreuzberg ist zum Synonym der Überfremdung geworden. Deshalb muss gerade dort der Kampf aufgenommen werden. Wir wollen erreichen, dass Friedrichshain ein deutscher Bezirk bleibt und Kreuzberg wieder einer wird." Dass Clemens zudem in einem Fragebogen rund um seine Vorlieben und Vorbilder in der Rubrik Politiker neben Bismarck den Schlierer-Intimfeind Franz Schönhuber nennt, ist da nur noch das i-Tüpfelchen.

Die aktuellsten Nachrichten der Berliner Republikaner findet man auf deren bisheriger Homepage nicht mehr. Glaubt man diversen Einträgen in Internetforen, hat der Bundesvorstand die Seite für den Landesverband gesperrt. Eine neue Homepage ist aber bereits eingerichtet. Wahlforschern zufolge hat die NPD Chancen, in vier Bezirksverordnetenversammlungen (Marzahn-Hellersdorf, Lichtenberg, Neukölln und Treptow-Köpenick) einzuziehen. Nicht ausgeschlossen sei ein Erfolg der Republikaner in Berlin-Mitte. Folgen dürfte ein solcher Erfolg nicht nur für diesen Bezirk haben, sondern auch für die Frage, ob und wie es mit den REP weitergeht. *Tomas Sager*

Wackelige „Volksfront“

Unter den Wahlbewerbern der NPD in Mecklenburg-Vorpommern tummeln sich zahlreiche Neonazis und Kameradschaftsaktivisten – in der Parteiführung gelten sie als unzuverlässige Verbündete.

Zur Landtagswahl am 17. September will die NPD in Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend antreten, das heißt, es wurde in jedem der 36 Wahlkreise ein Kandidat aufgestellt. 400 000 Euro sollen für den Wahlkampf bereit stehen, verkündete Spitzenkandidat Udo Pastörs am 8. August in Conow, eine geringere Summe als zunächst angenommen wurde. Bei der Bundestagswahl im Herbst 2005 hatte die NPD in dem nördlichen Bundesland 3,5 Prozent der Stimmen erringen können, nach Sachsen mit 4,9 Prozent ihr bundesweit zweitbestes Ergebnis. 39 922 Wählerinnen und Wähler hatten der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ihre Stimme gegeben.

Jetzt versucht die NPD-Mannschaft um Pastörs und Stefan Köster mit zahlreichen Kandidaten dieses Ergebnis zu toppen. Kein leichtes Unterfangen, denn der so genannte „Deutschland-Pakt“, die Zusammenarbeit zwischen NPD, DVU und den freien Kräften, wackelt auch zwischen Elbe und Haff kräftig. Allein auf den ersten 13 Plätzen der Landesliste der NPD kandidieren bereits sieben einflussreiche militante Kameradschaftsaktivisten, darunter Tino Müller und Michael Gielnik vom „Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern“ (SNBP) sowie David Petereit von der „Märkischen Aktionsfront“ (MAF).

In der NPD-Bundesführung gelten sie als unzuverlässige Verbündete, so verteilt die MAF während des Wahlkampfes immer wieder eigene Flugblätter und ein harmonisches Zusammenwirken mit Pastörs und Co. will einfach nicht gelingen. Freie Kräfte wie der Koch Enrico Hamisch aus Usedom haben seit Jahren eigene politische Erfahrung beim „Kameradschaftsbund Usedom“ oder der Bürgerinitiative „Schöner Wohnen in Wolgast“ gesammelt. Auch der Rostocker Birger Lüssow, der auf der Landesliste auf Platz fünf antritt und auch als Direktkandidat fungiert, gehört ursprünglich der „Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock“ sowie dem „Kameradschaftsbund Rostock“ an. Er wurde von der Parteileitung Anfang Mai erst einmal zu einer internen Kaderschulung in das „Nationale Bildungszentrum“ im Berliner Bezirk Köpenick entsandt, um sich in national-demokratischer Politik zu üben.

Zu den aufgestellten Direktkandidaten der NPD gehören auch zahlreiche farblose Mitläufer wie Uwe Krumrei aus Uecker-Randow, Thomas Bröcker aus Neubrandenburg oder Bernd Flotow von der Insel Rügen. Über viele der jungen Kandidaten ist bisher gar nichts bekannt. Unter den 36 Kandidaten befindet sich nur eine Frau: Nancy Barth, Floristin aus Nordwestmecklenburg. Dafür sind aber auch polizeibekannte Aktivisten wie Klaus Bärthel oder Andreas Theißen darunter. Theißen lebte zuvor in Berlin und soll zum Umfeld der verbotenen „Wiking Jugend“ wie auch der „Nationalistischen Front“ gehört haben. Bärthel ist mehrfach verurteilt, unter anderem 2001 zu einer Geldstrafe wegen Volksverhetzung.

Beim Direktkandidaten für Schwerin II, Michael Grewe, hatte das Landeskriminalamt Hamburg 1997 eine Maschinenpistole der Marke Uzi gefunden, voll funktionsfähig sowie 500 Schuss Munition. Der ehemalige Skinhead wurde zu 13 Monaten auf Bewährung wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verurteilt. Sein jetziger Mitbewohner im Gutshaus Amholz, NPD-Direktkandidat für Schwerin I, Thomas Wulff, war unter anderem Vorsitzender der 1995 verbotenen neonazistischen Hamburger „Nationalen Liste“. Mittlerweile verdient Wulff als Sekretär des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt sein Geld.

Der wohl schillerndste Direktkandidat der NPD scheint Raimund Borrmann aus Bad Doberan zu sein. Zunächst trat der 1960 in Warnemünde Geborene als Raimund Jentsch auf. Er besetzt den Listenplatz sechs der NPD-Landesliste und tritt im Wahlkreis Müritz I an. Als Beruf gibt Borrmann „Philosoph, Koch und Unternehmer“ an. Nach eigenen Angaben habe er fünf Jahre Philosophie mit „Schwerpunkt Wirtschafts- und Rechtsgeschichte sowie Marxismus“ studiert und dann zeitweilig als Projektmitarbeiter an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften gewirkt. Zur Zeit scheint er als selbstständiger Unternehmer einen Partyservice zu führen.

Andrea Röpke

Verzögerter Start

Die NPD hat mit Plakatieraktionen und Infoständen den aktiven Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern eingeläutet – Neonazis sind landesweit auch auf Diskussionsveranstaltungen und Volksfesten präsent.

Rund vier Wochen vor der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war vom Wahlkampf der NPD kaum etwas zu bemerken. Anders als bei der Bundestagswahl, gähnte die Stadtmitte in Lübtheen, dem Wohnsitz des Spitzenkandidaten Udo Pastörs, noch vor Leere. Von rot-weiß-schwarzer Plakatflut nichts zu sehen. Einzig in Anklam, dem Aufenthaltsort des aus Sachsen zugereisten Wahlkampfmanagers Holger Apfel waren Wahlhelfer bereits aktiv gewesen, die Laternenpfähle an den beiden Zufahrtsstraßen zur Insel Usedom waren voller NPD-Plakate mit dem Konterfei von Pastörs. Fast auf den Tag genau zur Rudolf-Heß-Gedenkwoche der Neonazis startete der landesweite Wahlkampf der NPD dann doch noch. Warum so spät, wundern sich Experten. Es soll beim Wahlkampf zu Finanzierungsschwierigkeiten gekommen sein, heißt es aus internen Quellen. Der vermögende Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger habe in den Wahlkampf einsteigen wollen, sei aber intern auf Widerstand gestoßen. Daraufhin habe er sein Geld zurückgezogen.

Jetzt legen NPD-Spitzenkandidaten wie Pastörs und Stefan Köster sogar selbst Hand an, der eine klebt in kleinen Orten rund um Lübtheen, der andere passt gleich nach Ferienende mit fünf Kameraden den vollbesetzten Schulbus in Loosen ab und verteilt die neue blaue Schulhof-CD der NPD. Eine größere Aktion startete die Ludwigsluster NPD-Truppe am Sonntag, den 20. August in der Sporthalle von Lübtheen. Eine Abspaltung der ehemaligen „Bürgerinitiative Braunkohle-Nein“, die sich „Wir Bürger gegen Braunkohle“ nannte, hatte die Spitzenkandidaten aller Parteien zur Podiumsdiskussion geladen. Von Beobachtern wurde die neue Gruppe im Vorfeld in die politische Nähe von Pastörs und Co. gerückt, deshalb wollten sich die Politiker zunächst nicht mit der NPD an einen Tisch setzen. Andreas Petters von der CDU, der bereits im Herbst die BI Braunkohle-Nein tatkräftig unterstützte, soll dann zugesagt haben und Vertreter der anderen Parteien, bis auf Bündnis 90/Die Grünen, zogen nach.

An dem Sonntag kamen etwa 150 Besucher in die Lübtheener Sporthalle und beobachteten, wie Pastörs immer wieder versuchte, das Wort zu führen. Ihm spielten „Urlauber“ wie Peter Naumann aus dem Zuschauerraum dann verbale Bälle zu. Aber ein NDR-Team aus Schwerin enttarnte den zugereisten NPD-Strategen aus Sachsen noch vor Ort. Etwa 30 Rechtsextremisten aus der Region wie Andreas Theißen und Stefan Köster hatten sich noch unter die Besucher gemischt. Der Lübtheener Kraftsportverein, in dem lokale Rechtsextremisten, aber auch der Schwiegersohn von Pastörs trainieren, sorgte für Ordnung im Saal. Bündnis 90/Die Grünen warf den etablierten Politikern im Nachhinein vor, durch ihre Teilnahme an der Veranstaltung hätten sie „dem mutigen Engagement der Bürger/innen gegen Rechts einen schweren Schaden zugefügt“. Tatsächlich verließen Besucher die Sporthalle mit dem bitteren Beigeschmack, einer von rechts inszenierten Veranstaltung beigewohnt zu haben.

Mit Knüppeln bewaffnete Plakatiertrupps

Im Raum Ueckermünde wird der Wahlkampfantritt durch den starken Kameradschaftsverband „Soziales und Nationales Bündnis Pommern“ (SNBP) dominiert. Deren Anführer Tino Müller, der auf Platz zwei der NPD-Landesliste geführt wird, hatte bereits beim Bundestagswahlkampf 2005 in seinem Wahlkreis über 19,4 Prozent der Stimmen erringen können. Die von ihm geführte „National-Germanische Bruderschaft“ sowie die „Aryan Warriors“, eine Skinhead-Kameradschaft aus Ueckermünde unterstützen den Wahlkampf der NPD unter dem Dach der SNBP. Bereits bei den „Haff“-Festtagen Ende Juli hatte die Gruppe mit Werbeaktionen auf sich aufmerksam gemacht, so hatten sie mit einem NPD-Boot an einer Regatta teilgenommen. Am 19. August unterhielten Müller und Holger Apfel einen Info-Stand nur 200 Meter entfernt von einer Präventionsveranstaltung gegen Rechts auf dem Marktplatz in Ueckermünde. Nach Angaben des Rechtsextremismusexperten Günther Hoffmann von „Bunt statt Braun“ waren die Aryan Warriors in einheitlichen T-Shirts anwesend und verteilten Flugblätter. Auch in Anklam, dem Wahlgebiet

des NPD-Juristen Michael Andrejewski nahmen zahlreiche Neonazis am „Hansefest" teil. In Wolgast unterhielt die NPD einen Infostand und in Greifswald soll ein NPD-Kinderfest stattgefunden haben.

Nach Einschätzung von Günther Hoffmann wird der Wahlkampf der NPD immer ruppiger. Nicht nur, dass ein Wahlhelfer in Picher einen protestierenden Bürger niedergeschlagen haben soll. Jetzt berichten Anwohner, dass Plakatiertrupps in Neubrandenburg sogar mit Knüppeln bewaffnet auftreten sollen.

Andrea Röpke

„Öffentlichkeitsoffensive"

Ex-Musiker und Verschwörungstheoretiker aus der Gothic-Szene ist Pressesprecher und Webmaster des NPD-Kreisverbands Spreewald.

In Südbrandenburg überrascht der NPD-Kreisverband Spreewald mit scheinbar aktiveren Parteiaktivitäten. Dahinter verbirgt sich in erster Linie aber die Strategie, eine intensivere Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Dafür verantwortlich zeichnet seit wenigen Monaten Runhardt Scheffler, der ursprünglich aus der Dark-Metal-, Industrial- und Gothic-Musikszene stammt.

Scheffler war einst Gitarrist und Sänger der 1989 gegründeten Band „Necromance". Drei Tonträger – den letzten 1997 – brachte die Band in Umlauf. Mystik, Esoterik, Systemkritik, mittelalterliche Symbolik und Angriffe auf christliches Verständnis – damit zeichneten sich die Texte der Gruppe aus. Dann fiel die Combo auseinander, doch Scheffler behielt sein Faible für Verschwörungstheorien bei, wetterte gegen Behörden und wandte sich populistisch-kritischem Gedankengut aus der rechten Ecke zu. Mit privaten Problemen behaftet und nahezu mittellos versuchte er, sich eine Existenz in der Computerbranche aufzubauen. Der mit den Baptisten sympathisierende Scheffler bietet seit geraumer Zeit seine Dienste als Internetfachmann an und nennt sich Webdesigner. Unter seinen Kunden sind Geschäftsleute, aber auch befreundete Versandhändler und Mitstreiter, die auf seiner Wellenlänge liegen. Für die regionale NPD zwischen Spremberg und Forst hat er ebenfalls die Homepage aufgebaut. Unter anderem hält er Kontakt zum Osiris-Buchversand von Oliver Gerschitz, der antisemitische Welterklärungsansätze propagiert. Auch taucht bei Scheffler immer wieder die schon von der SS verwendete Schwarze Sonne als Bezug auf.

Der Vorstand des NPD-Kreisverbandes Spreewald stellte sich dieses Jahr völlig neu auf, und Scheffler übernahm dabei das Amt des Pressesprechers und Webmasters. Vergleichsweise zu dem Langzeit-Skinhead Daniel Muche war der langhaarige Ex-Musiker in der extrem rechten Szene eher unbeleckt – ein unbeschriebenes Blatt. Doch neuerdings ist der Spremberger Scheffler mit wohl formulierten Offenen Briefen aufgefallen, und er hielt eine lange Feuerrede bei der Sonnenwendfeier der NPD im Juni. Bisher sind Runhardt Schefflers Versuche, einen regelmäßigen Stammtisch der Nationaldemokraten zu installieren, allerdings nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Der gebildete Scheffler ist trotz Ecken und Kanten in seiner Biograpie kein Charismatiker, gilt eher als Einzelgänger – so jedenfalls wird er von Szenekennern vor Ort beschrieben. Vor allem ist er nicht der „klassische Aktivist". Diesen Typ verkörpert schon eher Sebastian Seidel aus Forst, ebenfalls an der NPD-Spitze des Kreisverbandes aktiv. Der tritt jetzt aber eine Lehrstelle an und verändert dadurch seinen Lebensmittelpunkt.

Eventuell will die NPD aber mit ihrer „Öffentlichkeitsoffensive" nur ein Vakuum ausfüllen, denn im Gegensatz zu anderen Kommunen in Brandenburg ist die DVU hier nicht in den Stadtparlamenten präsent. Einziger „Rechtsaußenpfeiler" in Spremberg ist Gerd Michel, der für die Partei Rechtstaatlicher Offensive (PRO) ein Mandat wahrnimmt. In Forst rückte die rechte Szene sich jedenfalls auch anderweitig in den Vordergrund: So wurde vor kurzem die SPD-Geschäftsstelle mit NPD-Aufklebern verunziert, beim Linkspartei-Büro in unmittelbarer Nachbarschaft wurden Parolen wie „Volksverräter" und „Weg mit der roten Pest" geschmiert. Dazu verzierten SS-Runen den Straßenzug. Nur wenige Tage später besprühten Unbekannte den Gedenkstein der ehemaligen Synagoge in Forst mit einem Hakenkreuz. Der Schoß scheint also fruchtbar…

Horst Freires

Faule Neonazis

Christian Worch liest der Szene die Leviten.

Die Enttäuschung war nicht zu übersehen. „Wir haben ein Defizit an Qualität und Mobilisierung; das müssen wir erkennen und nach Möglichkeit überwinden“, resümierte Christian Worch das Wochenende, das aus Neonazi-Sicht eigentlich das Wunsiedel-Wochenende werden sollte. Doch nachdem das Bundesverfassungsgericht das Verbot gegen den Heß-Aufmarsch in der fränkischen Stadt bestätigt hatte, waren die Ausweichveranstaltungen der Szene am 19. August unterm Strich ein Flop. Addiert man die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen in Jena (350), wo der Wunsiedel-Anmelder Jürgen Rieger Hauptredner war, Berlin (230), München (120) und Lauenburg (80), so waren unter 800 Neonazis auf den Beinen.

Noch im vorigen Jahr seien am Heß-Wochenende „über 2 000 Demonstranten an ihren verschiedenen Einsatzorten“ gewesen, schreibt Worch. Dafür, dass es beim Kampf um die Straße nicht recht voran gehen mag, hat er eine Erklärung parat, die seinen Kameraden kein gutes Zeugnis ausstellt: „Ich neige ... dazu, es für eine Folge der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung zu halten. Einer Entwicklung, die immer mehr hin zu Bequemlichkeiten, zu Egoismen, zu mangelndem Gemeinschaftssinn und zur Betonung des Eigensinns führt.“ So gesehen, ist die Masse der Neonazis vom „politischen Soldatentum“, das die Szene als Leitbild formuliert, weit entfernt.

Abgesagt wurden Demonstrationen am 19. August in Altenburg (Thüringen) und Fulda – und das, obwohl die Veranstalter die Aufmärsche vor Gericht durchgesetzt hatten. Den Altenburger Auflauf ließen die Organisatoren zugunsten der Demo in Jena ausfallen. Die Demo in Fulda – ein Verbot der Stadt hatte der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel aufgehoben – wurde erst am Veranstaltungstag vom Anmelder abgesagt. Die dennoch angereisten knapp 30 Rechtsextremisten belegte die Polizei mit Platzverweisen. Die Begründung für die Absage wirft ein bezeichnendes Licht auf die Szene: Man könne die Auflage der Stadt nicht erfüllen, wonach nur Ordner eingesetzt werden dürften, die bislang nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten seien.

Tomas Sager

Schlechtes Vorbild

NPD-Ratsherr legt sich mit Kindern an.

Unter der Auflage, 400 Euro an den Kinderschutzbund zu zahlen, hat das Amtsgericht Eschweiler ein Verfahren wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Kennzeichen gegen den Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Aachen, Willibert Kunkel, eingestellt. Dem Stolberger Ratsmann und Mitglied des nordrhein-westfälischen NPD-Landesvorstandes war vorgeworfen worden, Kinder und Jugendliche teils ausländerfeindlich beleidigt und den Hitler-Gruß gezeigt zu haben.

Wegen teils widersprüchlicher und fragwürdiger Aussagen der jungen Zeugen stellte das Gericht das Verfahren zwar wegen geringer Schuld ein. Indes fand der Richter, ein Erwachsener solle sich Kindern gegenüber nicht so verhalten, wie Kunkel es wohl getan habe. Daher erließ das Amtsgericht die Auflage der Geldspende. Der 55-Jährige stimmte dem „zähneknirschend“ zu. Der Vorfall hatte sich am 13. November 2005 ereignet. Kunkel war – laut Zeugenaussagen im angetrunkenen Zustand – gegen 18.00 Uhr gegenüber seiner Wohnung auf einem Parkplatz mit einer Gruppe Kindern und Jugendlichen aneinander geraten. Später hatte er verbreitet, diese hätten einen Hund gequält und er sei nur eingeschritten. Dabei habe man ihn, den stadtbekannten NPD-Mann, provokativ mit „Heil Hitler“ gegrüßt. Überraschend machte er zu den Vorwürfen vor Gericht keine Aussagen mehr.

Im September 2003 hatte sich Kunkel nach dem Besuch eines Aufmarschs gegen die in Dortmund gastierende Wehrmacht-Ausstellung ebenfalls vor seiner Wohnung Wortgefechte mit Kindern und Jugendlichen geliefert. Dabei hatte der alkoholisierte NPD-Mann einen zur Tatzeit 13-Jährigen so rabiat an Hals und Nacken gepackt, dass dieser kurzfristig über Atembeschwerden und Schmerzen klagte. Kunkel war deswegen später wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 2 100 Euro verurteilt worden. Kunkel war im November 2003 in Aachen mit 30 bis 40 Neonazis zu Beginn des Prozesses gegen die Mörder der Eschweiler Geschwister Tom und Sonja aufmarschiert. Ihre Forderung damals: „Todesstrafe für Kinderschänder!“

Michael Klarmann

Ideologie der Ungleichheit

Die Übersetzung eines Buches von Guillaume Faye soll deutschen Rechtsextremisten ein politisches Manifest liefern.

In den letzten Jahren erschien von deutschen Rechtsextremisten kein programmatisches Buch mehr. Derartiges muss man sich offenbar aus dem Ausland besorgen. So legte jetzt die „Thule Bibliothek" die deutsche Übersetzung eines Werkes von Guillaume Faye vor. Der Autor gehörte früher zu den bedeutendsten Vertretern der intellektuellen französischen Neuen Rechten, überwarf sich aber mit deren Chefideologen Alain de Benoist. Fayes neueste Veröffentlichung trägt den Untertitel „Manifest des europäischen Widerstandes. Das metapolitische Hand- und Wörterbuch der kulturellen Revolution zur Neugeburt Europas". Hier artikulieren sich bereits Absicht und Struktur: Das Buch will zum einen ein politisches Manifest sein, zum anderen Stellungnahmen zu zentralen politischen Begriffen liefern.

Die deutsche Übersetzung enthält sowohl ein Vorwort von Pierre Krebs wie von Andreas Molau. Letzterer ist Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik. Pierre Krebs leitet (mit wenig Erfolg) die rechtsextreme Intellektuellenorganisation „Thule-Seminar" und referiert ab und an auf NPD-Veranstaltungen. Die organisatorische Zugehörigkeit beider macht deutlich, in welchem inner-rechtsextremen Kontext die Veröffentlichung von Fayes Buch in Deutschland zu sehen ist.

Der Autor will damit „eine gemeinsame weltanschauliche Zielvorgabe und Plattform" (S. 25) schaffen. Sie soll sich gegen die „egalitaristischen, individualistischen Ideen" richten, sei doch die europäische Kultur durch sie vom „westlichen, kosmopolitischen System vergiftet" (S. 31). Als „Hauptfeind Europas" gilt der „'Süden' unter dem Banner des Islam", der „eine Kolonialisierung 'von unten' herauf" (S. 45) unternehme. „Hauptgegner" seien die USA, die eine „kulturelle und strategische Vorherrschaft und Vormundschaft" (S. 74) gegenüber Europa beabsichtigten. Angesichts dieser Gefahren bedürfe es einer „ideologischen Neugründung" (S. 19) zur geistigen Einleitung „einer „europäischen Revolution" (S. 46). Als deren Basis präsentiert Faye eine Ansammlung von Begriffen und Schlüsselworten, die er als „Synthese unserer Weltanschauung" (S. 71) ansieht. Er diffamiert Bestandteile des Selbstverständnisses demokratischer Verfassungsstaaten und offener Gesellschaften und bejaht eine elitäre Aristokratie auf Basis einer völkischen Gemeinschaftsordnung.

So wendet sich Faye gegen die bestehenden westlichen Demokratien und tritt für eine „organische Demokratie" (S. 94) mit den Begriffen „Grundsatz der völkischen Homogenität" und „Grundsatz der aristokratischen Auslese" (S. 95) ein. Dieses Modell bedürfe der Führerpersönlichkeiten: „Der geborene Führer birgt die Gefahr des Despotismus, doch das Schicksal ist nun einmal so, es ist nicht bestimmbar" (S. 127). Die angestrebte Systemalternative entspricht für Faye nicht dem Verständnis von Gesellschaft, gehe es doch um „die Volksgemeinschaft aus organisch integrierten Gemeinschaften" (S. 134). Der Mensch besitze keine universellen und unveränderlichen Rechte, sondern nur die des eigenen Kulturkreises: „Die Ideologie der 'Menschenrechte' ist heute die Hauptwaffe zur Zerstörung der Identität der Völker ..." (S. 193). Man müsse die Idee der Ungleichheit bejahen, sie impliziere aber auch „die Begriffe von Überlegenheit und Qualität" (S. 250). Im Kern geht es Faye um die Gegenüberstellung zweier Weltanschauungen: „Die eine, gegenwärtig vorherrschende, ist aus dem Judäochristentum hervorgegangen; sie kann als egalitär, individualistisch und kosmopolitisch bezeichnet werden. Die andere, heute mehr oder weniger amtlich verboten, rührt aus dem altertümlichen Heidentum Europas her; sie kann als inegalitär, gemeinschaftsorientiert und völkisch bezeichnet werden" (S. 262).

Das Werk ist in martialischem Tonfall gehalten: „In der Geschichte siegen immer die kämpfenden Minderheiten gegen die träge Masse"(S. 18). „Die europäische Revolution – diese Lunte gilt es nun, anzuzünden" (S. 46). Faye ahmt Stil und Technik von Julius Evola, dem „Marcuse von rechts", nach und dürfte damit rechtsextreme Intellektuelle in ihrem elitären und kämpferischen Selbstverständnis ansprechen. Es verdient Interesse, die Rezeption und Verbreitung von Fayes Werk als Gradmesser für ideologische und strategische Überlegungen im deutschen Rechtsextremismus zu beobachten.

Armin Pfahl-Traughber

23. Jahrgang | 18 | 01. September 2006

Geschichtsumdeuter

Publizisten und andere Vertreter der extremen Rechten treffen sich zu einem „Erlebnis–Wochenende" – gezeigt werden auch Werke von NS-Künstlern.

Die rechtsextreme Verlagsgemeinschaft Druffel & Vowinckel mit Sitz im bayerischen Inning am Ammersee veranstaltet vom 8. bis 10. September in Mosbach bei Eisenach in Thüringen ein so genanntes „Erlebnis-Wochenende Geschichte" unter dem Motto „Die geteilte Welt. Europa im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes". Die Veranstaltung wird bereits zum 6. Mal ausgerichtet. Der Verlagsgemeinschaft scheine es gelungen zu sein, hält das Bundesamt für Verfassungsschutz in seinem aktuellen Jahresbericht fest, das „Erlebnis-Wochenende Geschichte" als „feste Größe im rechtsextremistischen Veranstaltungskalender" etabliert zu haben.

Geführt wird das Verlagsimperium von Gert Sudholt (Jg. 1943). Ziehsohn des einstigen stellvertretenden Pressechefs der NS-Reichsregierung Helmut Sündermann. Der Verleger und Publizist Sudholt, wegen Volksverhetzung vorbestraft, ist langjähriger stellvertretender Vorsitzender der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP). Sudholt habe sich, so lobt anlässlich dessen 60. Geburtstags die rechtsextreme „National-Zeitung" des Münchner Verlegers und DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey, „um die Überwindung nationaler Bewusstlosigkeit verdient gemacht."

Als Referenten sind in Mosbach unter anderem Wladimir Daschitschew, Reinhard Günzel, Andreas Naumann, Walter Post, Olaf Rose und der Journalist Gerhard Konzelmann angekündigt. Daschitschew (Jg. 1925), frischgebackener Ulrich-von-Hutten-Preisträger (GFP), einstiger Deutschlandberater von Michail Gorbatschow, tummelt sich seit Jahren in rechtsextremen Kreisen. Er ist Autor der „National-Zeitung" und Redner auf DVU-Veranstaltungen. Der gefeuerte KSK-Kommandeur Günzel (Jg. 1944) lässt sich auf Veranstaltungen wie bei der ewiggestrigen Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger (OdR) und der „Jungen Freiheit" feiern. Heute, so orakelt Günzel, würde man schon „in die rechtsradikale Ecke abgedrängt, wenn man nicht dem kommunistischen Studentenbund angehört." Naumann ist Buchautor des revisionistischen Grabert-Verlags in Tübingen. Der einstige Wehrmachtsangehörige Naumann fordert in seinem gleichnamigen Buch „Freispruch für die Deutsche Wehrmacht".

Post (Jg. 1954) referiert und publiziert seit Jahren gegen das Faktum der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg an. Als Podium dienen ihm Veranstaltungen wie der NS-apologetischen Kärntner Kulturtage oder der GFP. Post ist auch Grabert-Buchautor. Rose (Jg. 1958) gehört dem GFP-Vorstand an und war im Januar Hauptredner des Landesparteitages der NPD Rheinland-Pfalz. Auf „vollstes Interesse" stieß sein Vortrag bei der Jahreshauptversammlung 2005 der Neonazi-Knasthilfetruppe HNG. Rose sprach damals über die „Friedensanstrengungen der Reichsregierung und Rudolf Heß". Der bundesweit bekannte Journalist Gerhard Konzelmann, Ex-Arabien-Korrespondent der ARD, wird bei der GFP-Veranstaltung in Mosbach zum Thema „Geschichte und Hintergründe des Nahostkonfliktes" referieren.

Das kulturelle Rahmenprogramm des „Erlebnis-Wochenende Geschichte" bietet unter anderem die „Kleine Deutsche Kunstausstellung – Deutsche Holzschnittmeister des 20. Jahrhunderts". Gezeigt werden sollen Werke der NS-Künstler von Ernst von Dombrowski, Rudolf Warnecke und Georg Sluyterman von Langeweyde. Der 1985 im Alter von 88 Jahren verstorbene Dombrowski zählt nach Auffassung des DVU-nahen FZ-Verlags zu den „1000 wichtigsten Personen" der NS-Zeit. Dombrowski, der vorwiegend mit Darstellungen des Frontkämpfertums hervortrat, war später Ehrenmitglied des NS-apologetischen Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes (DKEG). Der gebürtige Österreicher wurde unter anderem mit dem Großen Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. Warnecke, der 1994 im Alter von 94 Jahren starb, war in der NS-Zeit „künstlerischer Berater" seiner Heimatstadt Bautzen. 1979 wurde ihm vom DKEG der „Goldene Ehrenring" verliehen. Sluyterman von Langeweyde (1903 – 1978), der neben militaristischen Darstellungen auch Hitler porträtierte, war ebenfalls DKEG-Ehrenmitglied. Noch in den 60er Jahren soll er in seiner Dorfkneipe in Bendestorf (Landkreis Harburg) das Horst-Wessel-Lied, die Hymne der NSDAP, angestimmt haben.

Anton Maegerle

Ausland

„Rassenpuristen“

US-Neonazis unterstützen den „Jihad“.

Die „Weltkongresse“ der Aryan Nations (AN) in Coeur d'Alene im Bundesstaat Idaho gehörten viele Jahre lang zu den Aufsehen erregendsten Veranstaltungen der extremen Rechten in den USA. Ihr Gründer Richard Butler, hatte die paramilitärische Organisation in den 80er Jahren zur radikalsten Bastion von Antisemitismus und religiös verbrämtem Nationalismus auf amerikanischem Boden gemacht. Nach Butlers Tod im September 2004 zerfielen die AN in rivalisierende Splittergruppen.

Nur spärliche Resonanz fand ein AN-„World Congress 2006” in Lexington Ende Juli. Lediglich eine Handvoll Anhänger, darunter der rechtsradikale Radiomoderator Hal Turner, hatten die Reise nach South Carolina auf sich genommen. Anstelle eines Protestmarsches gab es ein Picknick am See. „Pastor“ August B. Kreis, der die AN-Fraktion seit dem Ausscheiden des ehemaligen Webmasters Charles Juba allein führt, bezeichnete das dreitägige Treffen als strategisches „get-together“ für gleichgesinnte „Rassenpuristen“. Der 51-Jährige charakterisiert sich selbst als „moderaten Arier“ und pflegt enge Kontakte zur separatistischen Neokonföderation-Bewegung. Einigen Unmut erregte Kreis in den vergangenen Monaten in der Szene allerdings durch seine öffentlichen Allianzangebote an islamistische Terroristen. „Lang lebe der Jihad“, ist in großen Lettern auf der Website der AN zu lesen. Trotz des gemeinsamen Feindbildes Israel geht eine Verbrüderung mit Al-Qaida oder Hamas selbst hartgesottenen US-Rechtsextremisten zu weit.

Anspruch auf das spirituelle Vermächtnis Butlers erhebt ebenfalls die Gruppe „The Church of Jesus Christ Christian“, auch bekannt unter dem Namen „12 Aryan Nations“. Die Organisation mit Sitz in Alabama steht in strenger Tradition der rassistischen „Christian Identity“-Lehren. Für Mitte September kündigt die Führung einen eigenen Kongress an, auf deren vorläufiger Gästeliste sich White Revolution-Boss Billy Roper sowie Repräsentanten zahlreicher Ku Klux Klan-Gruppen befinden.

Michael Funk

Tödlicher Hass

Russische Rechtsextremisten zünden Bombe.

Zunächst gingen die Behörden von der Explosion einer Gasflasche aus. Doch bald stellte sich heraus, dass es eine Bombenexplosion mit politischem Hintergrund war, die am 21. August auf dem Moskauer Markt Tscherkisowo elf Menschen das Leben kostete. Die Täter wurden noch in der Nähe der Anschlagsstelle gefasst, möglicherweise werden ihnen noch weitere Anschläge zur Last gelegt. In den Zimmern der drei Studenten Oleg Kostyrew, Ilja Tichomirow und Walerij Schukowzew fand die Polizei neben Utensilien zum Bau von Bomben und zur Herstellung von Sprengstoff auch eine Menge nationalsozialistischer Schriften.

Die drei Studenten sollen schon länger in rechtsextremen Kreisen verkehren. Mit der Bombe auf dem von vielen Nichtrussen besuchten Markt, der zwei jüdischen Geschäftsleuten gehört, wollten sie in die Tat umsetzen, was Rechtsextremisten in dem Land schon lange propagieren: Moskau soll von Migranten aus dem kaukasischen Raum, von afrikanischen Studenten und von Juden gesäubert werden. Diese Gruppen stehen als Feindbild der russischen Rechtsextremisten an vorderster Stelle. Die „Bewegung gegen die illegale Migration“ hält zwar Gewalt zur Zeit noch nicht für das richtige Mittel, bringt aber rechten Gewalttätern in ihren Verlautbarungen Verständnis entgegen.

Ende Juli sprach ein Geschworenengericht in St. Petersburg vier Neonazis frei, die im letzten Jahr einen kongolesischen Studenten überfallen und so schwer verletzt hatten, dass der kurz darauf starb. Die im Saal anwesenden Rechtsextremisten kommentierten das Urteil mit minutenlangen Beifall, berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ wurde kürzlich in einem Konferenzsaal der Duma ein Buch vorgestellt, das „Hitler verherrlicht und seine Schuld verniedlicht“. Bei der Veranstaltung habe ein Mitglied der rechtsextremen Liberaldemokraten neben dem Vorsitzenden der Moskauer Nationalsozialistischen Gesellschaft Dimitrij Rumanezew gesessen. Der forderte wiederholt, in Russland lebende Ausländer in Konzentrationslager zu sperren.

Peter Nowak

Demokratische Initiativen

Aufgabe der Nachwachsenden

„Nirgendwo und überall zu Haus“ – eine Ausstellung im Willy-Brandt-Haus porträtiert 25 Überlebende des Holocaust.

Ein wenig haben sie den Charakter des Abschiednehmens, diese Ausstellung und dieses Buch über Holocaust-Überlebende. Alle Porträtierten sind über siebzig und älter. Und doch: Wer die Interviews liest, die der Spiegel-Redakteur Martin Doerry unter anderen mit Inge Deutschkron, Alfred Grosser, Arno Lustiger und Heinz Berggruen geführt hat, spürt, wie nah die Zeit der Nazi-Verbrechen an jüdischen Menschen noch ist.

Doerry und die Fotografin Monika Zucht haben in den zurückliegenden Jahren 25 Überlebende des Holocaust aufgesucht. Die dabei entstandenen Schwarz-Weiß-Porträts und Auszüge aus den Interviews werden bis zum 27. September im Willy-Brandt-Haus in Berlin ausgestellt. Fotos und die vollständigen Gespräche sind zudem in dem opulenten Bildband „Nirgendwo und überall zu Haus“ enthalten (DVA, München; Spiegel-Verlag, Hamburg, 39,90 Euro).

„Ein Buch wie das vorliegende wird es nicht mehr oft geben können“, sagte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) in seiner Begrüßungsrede zur Ausstellungseröffnung am 29. August in Berlin. Aber gerade weil die Generation der Holocaust-Überlebenden allmählich ausstirbt, müssten die Nachwachsenden die Verantwortung für eine Erinnerungskultur übernehmen. „Die letzten Wochen mit der Eröffnung der umstrittenen Breker-Ausstellung und dem Bekanntwerden von Grass’ SS-Zugehörigkeit haben gezeigt, dass eine Auseinandersetzung mit der Nazizeit immer wieder neu errungen werden muss“, so Wolfgang Thierse weiter.

Joachim Gauck, Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ erinnerte in seiner Einführung daran, wie wenig Verständnis den Opfern des Holocaust unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg entgegengebracht wurde, „gerade in der Zeit, als es besonders viele Zeitzeugen gab“. Heute gelte hingegen, dass „eine Gesellschaft der Beliebigkeit diese Erinnerungskultur braucht, die ihr Grund gibt“.

Zwei der in Buch und Ausstellung Porträtierten waren zur Eröffnung gekommen und erzählten im Gespräch mit Martin Doerry über ihre persönlichen Erfahrungen mit Antisemitismus, Verfolgung, Emigration und Nachkriegszeit. Dass er sich niemals auf die Rolle des „Überlebenden“ habe reduzieren lassen wollen, stellte der Historiker Arno Lustiger fest. „Ich habe ein vollständiges Leben geführt.“ Der 82-Jährige, der mehrere Arbeits- und Konzentrationslager überlebt hat, verdrängte nach 1945 die grauenvollen Erinnerungen fast vollständig. „Bis Mitte der 80-er Jahre habe ich nicht über diese Zeit gesprochen, meinen Kindern sogar vorgeschwindelt, dass die eintätowierte Häftlingsnummer auf meinem Arm meine Telefonnummer sei.“ 1985 jedoch begann Lustiger, nach einigen einschneidenden Erlebnissen, sich mit der Nazizeit auseinanderzusetzen, „aber immer als Historiker, nicht unter dem Blickwinkel meiner Erinnerungen“.

Neben Lustiger berichtete der Kunsthändler und -mäzen Heinz Berggruen bei der Auftaktveranstaltung. Der heute 92-Jährige war 1936 rechtzeitig in die USA ausgewandert. „Damals ging es ja noch verhältnismäßig zivilisiert in Deutschland zu, aber ich konnte an vielen Stellen spüren, was jüdischen Menschen bevorstehen würde.“ Vom Holocaust selbst habe er kurz vor Kriegsende erfahren, als er wieder nach Europa zurückkehrte.

Zwischen knappem Überleben und rechtzeitig geglückter Auswanderung bilden Buch und Ausstellung das gesamte Spektrum ab, wie jüdische Menschen die Nazizeit durchstehen konnten: im Versteck, durch die Ausreise per Kindertransport, im Ghetto. Trotz zum Teil ähnlicher Erlebnisse kommt der individuelle Charakter jedes der Porträtierten deutlich zur Geltung.

Gudrun Giese

Die Ausstellung im Willy-Brandt-Haus, Stresemannstraße 28, 10963 Berlin, ist bis zum 27. September, dienstags bis sonntags von 12 bis 18 Uhr zu sehen. Der Eintritt ist frei, ein Ausweis erforderlich.

Meldungen

NPD-Landesvize unter Beschuss

Hannover – Der Streit innerhalb der niedersächsischen NPD eskaliert weiter. Wie im NPD-kritischen Bremer Forum beklagt wird, hat der Landesvorstand unter der Regie von Ulrich Eigenfeld den stellvertretenden niedersächsischen Landesvorsitzenden Adolf Dammann aufgefordert, die Anmeldung für eine Demonstration am 28. Oktober in Göttingen zurückzuziehen oder aber sein Amt niederzulegen. Den Aufmarsch organisiert Dammann in Zusammenarbeit mit Christian Worch. Dammann, so wird der Landesvorstand zitiert, solle nun „schriftlich erklären, keine Kundgebung oder Demonstration ohne Zustimmung des Landesverbandes anzumelden". An dem Beschluss hätten lediglich sieben der zwölf Vorstandsmitglieder mitgewirkt, von denen sich zudem zwei der Stimme enthielten, wird im Bremer Forum berichtet. (ts)

Schnelle „Kameraden"

Schneverdingen – Zum wiederholten Male konnten Neonazis offen unter dem Namen ihrer Kameradschaft „Snevern Jungs" am Volkslauf des größten Volksfestes in der Lüneburger Heide teilnehmen. Obwohl auch der niedersächsische Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht 2005 davor warnt, dass die „Snevern Jungs" aus Schneverdingen „auf polititsch-ideologische Außenwirkung" ausgerichtet sind, durfte die Gruppe um Matthias Behrens und Marcel Schindler die 5-Kilometer-Strecke mitlaufen. Wie andere Teilnehmer wurden auch die glatzköpfigen Neonazis in ihren T-Shirts mit der Aufschrift „Wer von der Lüge lebt, muss die Wahrheit fürchten" von den zahlreichen Zuschauern am Wegesrand euphorisch beklatscht. Kaum jemand nahm überhaupt daran Anstoß, auch nicht als Schindler sein Shirt auszog und ein großes „Blood&Honour"-Tattoo auf dem Bauch entblößte. Zur Kameradschaft „Snevern Jungs" zählt auch der 1998 wegen eines Überfalls vorbestrafte Roman Greifenstein, der schon als Anhänger des „Stahlhelm-Kampfbund für Europa" zum Umfeld des damaligen Schulungszentrum Hetendorf Nr.13 von Jürgen Rieger gehörte. Die Kameradschaft „Snevern Jungs" gilt als sehr gut organisiert und verfügt über bundesweite Kontakte im Neonazi-Lager. Wie weit sich die Rechtsextremisten auch im bürgerlichen Spektrum etablieren konnten, zeigen weitere Aktionen. So nahmen die „Snevern Jungs" als größere Gruppe nicht nur an Volksläufen teil, sondern auch an mehreren Preisskat-Tunieren unter anderem der Katholischen Männergemeinschaft Munster sowie an einer Müllsammelaktion mit dem Titel „Sauberes Schneverdingen". (ar)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de